

Petition für Bildungsticket

Frankfurt – Die Stimmen für ein gerechtes und bezahlbares Bildungsticket im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Hessen werden lauter. Angesichts der bisher ausbleibenden Resonanz von Politik und Verkehrsverbänden auf das kürzlich veröffentlichte Positionspapier, haben sich die hessische Landes- schülervertretung, Landes-Asten-Konferenz und Pro Bahn entschieden, eine Online-Petition zu starten. Das Positionspapier, das am 31. August veröffentlicht wurde, unterstreicht die Notwendigkeit eines Bildungstickets im ÖPNV zum Preis von 19 Euro im Monat. Es soll finanzielle Entlastung für Menschen auf Bildungswegen bieten und gleichzeitig umweltfreundliche Mobilität fördern. Trotz dieser klaren Forderungen fand das Positionspapier bislang nicht das erhoffte Gehör bei den politischen Entscheidungsträgern und Verkehrsverbänden. Um dennoch einen Diskurs über dieses wichtige Thema anzustoßen, wurde am Montag eine Online-Petition gestartet. Diese Petition richtet sich an den Hessischen Landtag und soll die breite Unterstützung der Bevölkerung sammeln, um auf die Dringlichkeit eines erschwinglichen Bildungstickets und anderen Sozialtickets zum Deutschlandticket hinzuweisen. Die Initiatoren hoffen, dass die Petition den notwendigen Druck erzeugen wird. Die Petition ist unter <https://chng.it/gqH9PT97g> öffentlich zugänglich. red

Schwander bleibt an der CDA-Spitze

Frankfurt – Die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) Frankfurt hat den Kreisvorsitzenden neugewählt und die Weichen für die nächsten beiden Jahre gestellt. Im Amt des Kreisvorsitzenden wurde Yannick Schwander bestätigt. Der 35-jährige Politikwissenschaftler übt dieses Amt seit zwei Jahren aus und wurde bei einer Enthaltung einstimmig als Kreisvorsitzender bestätigt. Ihm zur Seite stehen mit Carolin Friedrich und Rainer Krug zwei ebenfalls erfahrene Kräfte als stellvertretende Kreisvorsitzende. „Bewährte Kräfte, erfahrene Arbeitnehmervertreter sind nun genauso im Kreisvorstand wie junge und frische Mitglieder, die eine neue Perspektive für Arbeitnehmer mit in die Arbeit des Vorstands bringen. Ich freue mich auf die kommenden beiden Jahre mit diesem Team“, erklärt hierzu der alte und neue Kreisvorsitzende, Yannick Schwander. Als Mitgliederbeauftragter bestimmte die Versammlung Pavlos Tsachidis aus Ober-rad, Schriftführer wurde Klaus Tafferner aus Bornheim. Den Vorstand ergänzen die Beisitzerinnen und Beisitzer Jan Gehre, Marina Mijasevic, Prof. Dr. Johannes Harsche, Susanne Serke, Michael Schneider, Markus Wagner, Ursula Poletti und Ömer Zengin. red

Römerkoalition sieht auch Bund und Land gefordert

Probleme des Klinikverbands Varisano: Grüne, SPD, FDP und Volt wollen eine Restrukturierung

Frankfurt – Trotz gewaltiger finanzieller Probleme werde man das städtische Krankenhaus Höchst im Varisano-Klinikverbund Frankfurt-Main-Taunus weiter als Einrichtung der Maximalversorgung in kommunalem Besitz betreiben. Das betonte am Mittwoch die Frankfurter Römerkoalition, bestehend aus Grünen, SPD, FDP und Volt, in einer gemeinsamen Presseerklärung. Zudem werde man die Einrichtung „auf eine finanziell gesunde Basis stellen“, heißt es darin. Um das langfristig zu erreichen, brauche es aber ein umfangreiches Restrukturierungskonzept.

Liquidität ist erst einmal gesichert

Vor einigen Wochen war bekannt geworden, dass dem Varisano-Klinikverbund mit den Krankenhäusern Höchst, Bad Soden und Hofheim die Zahlungsunfähigkeit droht. Um diese abzuwenden, beschloss die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, neun Millionen Euro im laufenden Haushalt bereitzustellen sowie weitere 38,3 Millionen Euro im Haushaltsplanentwurf 2024. Auch der Main-Taunus-Kreis als Mitgesellschafter der Varisano traf entsprechende Beschlüsse. „Mit diesen Finanzmitteln sind Liquidität und Fortbestand der Kliniken gesichert“, so die Römerkoalition. Notwendig sei nun eine genaue Analyse der Situation sowie eine gemeinsame Sanierungsstrategie. Das solle „mit größtmöglicher Transparenz“ erfolgen.

In diesem Zusammenhang sieht man auch den Bund und das Land Hessen in der Pflicht. Eine verbindliche Finanzplanung sei erst mit Bekanntgabe der endgültigen Fassung des neuen Krankenhausgesetzes auf Bundesebene möglich, das Rahmenbedingungen für die Arbeit der Varisano-Kliniken definiere. Zudem seien in erster Linie die Länder für die Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser zuständig. Diese finanzierten die Investitionskosten der Kliniken momentan aber nicht aus-



Das Klinikum Höchst gehört zum Varisano-Verbund. Die Römer-Koalition will es als Einrichtung der Maximalversorgung erhalten. FOTO: REUSS

reichend. „Die Stadt Frankfurt und der Main-Taunus-Kreis leisten mit ihrer immensen finanziellen Unterstützung einen erheblichen Beitrag zur Sicherung des Versors in erster Linie die Länder für die Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser zuständig. Diese finanzierten die Investitionskosten der Kliniken momentan aber nicht aus-

reichend. „Die Stadt Frankfurt und der Main-Taunus-Kreis leisten mit ihrer immensen finanziellen Unterstützung einen erheblichen Beitrag zur Sicherung des Versors in erster Linie die Länder für die Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser zuständig. Diese finanzierten die Investitionskosten der Kliniken momentan aber nicht aus-

Kliniken und gewinne Zeit für die Sanierung.

Die Probleme von Varisano seien kein Einzelfall, erklärt Grünen-Fraktionsvorsitzende Tina Zapf-Rodriguez: „Der Anteil der deutschen Krankenhäuser, die rote Zahlen schreiben, hat sich im letzten Jahr von 43 auf 56 Prozent erhöht. Über 30 Prozent

sind sogar in ihrer Existenz bedroht.“ Nicht nur wegen der Folgen der Corona-Pandemie, sondern auch wegen Preissteigerungen bei Energie, Medikamenten und anderen Produkten, verursacht durch den Krieg in der Ukraine. Durch den Passivhaus-Neubau könne man aber in Höchst Energie sparen, sagt Zapf-

Rodriguez: „Strom- und Gasverbrauch können so signifikant gesenkt werden.“

Dass die Kliniken in der öffentlichen Hand bleiben sollen, betont auch SPD-Fraktionsvorsitzende Ursula Busch. Die SPD werde sich für einen transparenten Prozess bei der Restrukturierung einsetzen. „Wir wollen, dass alle Beteiligten eingebunden werden“, so Busch. „Gerade die Beschäftigten müssen mitgenommen und motiviert werden, wenn die Stabilisierung der Häuser nachhaltig gelingen soll. Wir wollen kein kurzfristiges Herumdoktern und Einsparen, sondern ein Strukturkonzept, das die Kliniken mittel- und langfristig erhält.“

Die Abwärtsspirale durchbrechen

FDP-Fraktionsvorsitzender Yanki Pürsün verweist auf den Fachkräftemangel, der den Kliniken ebenfalls zu schaffen macht. Personalengpässe sorgten für die Stations-schließungen, was wiederum zu weniger Einnahmen führe. Um diese Abwärtsspirale zu durchbrechen, könne die Bündelung von Kompetenzen und Kapazitäten der Kliniken sinnvoll sein, schlägt Pürsün vor. Zudem brauche es attraktive Arbeitsbedingungen.

Volt-Fraktionsvorsitzender Martin Huber bewertet die Ausgangslage der Kliniken positiv, unter anderem wegen ihrer zentralen Lage, ihres Bekanntheitsgrads sowie der bereits erfolgten und noch geplanten Baumaßnahmen. Nun seien auch Bund und Land gefordert. Aus Berlin erwarte man eine vernünftige Neuausrichtung der Krankenhausfinanzierung, aus Wiesbaden Unterstützung bei Investitionen. red

IHK pocht auf Ausbau der Infrastruktur

Vor allem im Hinblick auf die Energieversorgung und die Digitalisierung sehen Wirtschaftsvertreter die Politik in der Pflicht

Frankfurt – Zahlreiche Krisen – zuletzt vor allem die Energiepreiskrise – haben die Wirtschaft vor Herausforderungen gestellt. Dazu kommen die verschärften Klimaschutz- und Energieeffizienzziele und zahlreiche neue Gesetze und Richtlinien. Unternehmen haben kurzfristige Einsparpotenziale weitgehend ausgeschöpft. Die Unsicherheit hinsichtlich einer verlässlichen Energieversorgung bleibt allerdings bestehen. Vor den hessischen Landtagswahlen am 8. Oktober hatte die Industrie- und Handelskammer (IHK) deshalb jüngst Vertreter der im hessischen Landtag vertretenen Parteien nach Frankfurt eingeladen, um unter dem Motto „Klar zur Energiewende – aber wie?“ deren Positionen zur Energiepolitik zu diskutieren.

„Die Industrie ist ein wichtiger Garant für Wohlstand und Beschäftigung in der Region und stellt mit ihrem vielfältigen Branchenmix einen Stabilitätsanker

für die Wirtschaft dar“, stellte der Frankfurter IHK-Präsident Ulrich Caspar dabei klar. „Je weiter die Elektrifizierung der Industrie und der Erfolg von Antriebstechniken wie Wasserstoff sowie E-Mobilität voranschreiten, umso wichtiger ist der Ausbau einer leistungsfähigen Energie- und Digitalisierungsinfrastruktur. Ohne entspre-

Landtagswahl 2023 HESSEN

chenden Infrastrukturzugang verliert der Wirtschaftsstandort Frankfurt-Rhein-Main an Wettbewerbsfähigkeit.“

Joachim Kreysing, Geschäftsführer von Infraser in Höchst, betonte, dass die Energiewende eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung sei, die nur gemeinsam mit der Wirtschaft gelingen könne. „Hohe Energiepreise und regulatorische Vorgaben

haben dazu geführt, dass einige der Unternehmen im Industriepark Höchst ihre Produktionen eingeschränkt haben und damit beginnen, Produktionskapazitäten ins Ausland zu verlagern“, gab er zu bedenken. „Unternehmen wollen einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, brauchen dafür aber Planungssicherheit, Technologieoffenheit und Rahmenbedingungen, mit denen in Deutschland produzierende Unternehmen auch in globalen Märkten wettbewerbsfähig sind.“

Die Parteien des hessischen Landtags waren vertreten durch Timon Gremmels, energiepolitischer Koordinator der SPD Hessen, Kaya Kinkel, energiepolitische Sprecherin der Grünen, Andreas Lichtert, energiepolitischer Sprecher der AfD, Jörg Michael Müller, energiepolitischer Sprecher der CDU, Michael Müller, Pressesprecher der hessischen Linken, sowie René Rock, energiepolitischer Sprecher der FDP. red



Frankfurter IHK-Vertreter diskutierten mit hessischen Landtagspolitikern über deren Positionen in Energiefragen. FOTO: ENRICO SAUDA

„Schwimmbäder sind Spiegel der Gesellschaft“

Bäderexperte Christian Mankel über Konflikte, Trends und Herausforderungen in der Badekultur

Christian Mankel (37) ist Verbandsgeschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für das Badenwesen (DGfB) mit Sitz in Essen. Sie vertritt die Interessen von rund 6000 Hallen- und Freibädern in Deutschland, erstellt Regelwerke für die Einrichtungen und bietet Beratung und Seminare für Badbetreiber und Mitarbeiter an.

Herr Mankel, zuletzt wurde medial viel über Gewalt in Schwimmbädern diskutiert. Warum birgt ausgerechnet der Schwimmbadbesuch so viel Konfliktpotenzial?

Schwimmbäder sind Spiegel der Gesellschaft, und in jeder Gesellschaft gibt es Konflikte, die sich einen Platz zum Ausbreiten suchen. Bäder haben ein niedrigschwelliges und sozialverträgliches Preisangebot, das Menschen mit vielfältigen Interessen dort zusammenkommen lässt. Die Bäder sind somit nie die Ursache von gesellschaftlichen Problemen und Konflikten, sondern der Ort, an dem sie ausgetragen werden.

Welche Interessen treffen in Schwimmbädern aufeinander?

Da gibt es natürlich verschiedene Motive. Für die einen sind Bäder

Orte für sportliche Aktivitäten oder für Gesundheitsvorsorge, für die anderen sind sie Orte sozialer Interaktion und wieder andere suchen dort Erholung und Wellness. Das führt dazu, dass es manchmal gar nicht so einfach ist, dass jeder Besucher genau das bekommen kann, was er gerade anstrebt. Gerade wenn es voll ist, an heißen Sommertagen.

Werden sich die verschiedenen Motive in Zukunft vereinbaren lassen oder könnten sie auch zu mehr Trennung führen?

So eine öffentliche Badekultur wie wir sie in Deutschland haben, gibt es gar nicht in so vielen anderen europäischen Ländern. Es ist etwas, das unsere Kultur durchaus kennzeichnet. Bereits im deutschen Kaiserreich waren öffentliche Bäder ein Ort, wo bewusst alle gesellschaftlichen Schichten und Klientel zusammenkommen sollten. Zu trennen, was als verbindendes Element vorgesehen war, halte ich für falsch.

In Teilen des Rhein-Main-Gebiets ist in diesem Sommer der Trend zum Oben-Ohne-Baden bei Frauen angekommen. Welche Rück-



Christian Mankel FOTO: PRIVAT

meldungen erhalten Sie dazu?

Tatsächlich ist der Oben-Ohne-Trend gar nicht aus diesem Jahr. Bereits letztes Jahr wurde er in Göttingen umgesetzt. Dieses Jahr haben viele große Städte nachgezogen. In Besucherumfragen konnten wir feststellen, dass ein Drittel den „Oben-Ohne-Trend“ gut findet, ein Drittel ihn schlecht findet und er einem Drittel egal ist. In Göttingen hat es bisher zu keinen neuen Reibungspunkten geführt. Grundsätzlich kennt jede Kommune ihre Bevölkerungsstruktur und ihre Ansprüche am besten, weshalb jede Kommune für sich überprüfen sollte, ob sie dem Trend folgen möchte.

Wie verträgt sich ein „Oben-Ohne-Trend mit beispielsweise religiösen Bekleidungsrichtlinien beim Baden?

Dass das vollkommen spannungsfrei ist, kann ich natürlich nicht behaupten. Allerdings finde ich, dass in einer liberalen und freizeitheligen Gesellschaft Verständnis für andere Gruppen dazugehört. Dafür brauchen wir Orte, an denen diverse Gruppen miteinander konfrontiert werden. Alle haben religiöse Rechte, auch im Privatleben, aber es kann nicht verlangt werden, dass das dann als Maßstab für den gesamten gesellschaftlichen Betrieb genommen wird. Sonst wird aus individueller Freiheit schnell wieder eine Einschränkung für andere Gruppen – und die wollen wir natürlich auch im Badebetrieb behalten.

Solche Interessenkonflikte sind sicherlich eine große Herausforderung für das Personal in Bädern.

Tatsächlich zeigen aktuelle Statistiken des Bundeskriminalamts, dass eine Zunahme von Gewalttaten in Schwimmbädern gar nicht festzustellen ist. Was dabei natürlich nicht erfasst wurde, sind die Fälle, die bereits von Mitarbeitenden am Beckenrand verhindert

werden konnten.

Wie geht es den Mitarbeitenden damit?

Vor allem an heißen und vollen Sommertagen ist es für die Mitarbeitenden schwieriger geworden, Konflikte zwischen Badegästen in einem vernünftigen Ausmaß zu moderieren. Gerade bei jungen Männern zwischen zwölf und 25 Jahren sind die Hemmschwellen, Gewalt auch gegenüber Personal anzuwenden, niedriger geworden. Dazu kommt auch in dieser Branche ein Personalmangel. Trotzdem ist es mir wichtig zu betonen, dass die allermeisten Mitarbeitenden ihren Job wirklich gerne machen. Es gibt nicht viele Berufe, von denen man sagen kann: Ich habe jeden Tag die Chance, Leben zu retten.

Wie hoch ist der Personalmangel in den Bädern?

Stand heute fehlen bundesweit rund 2500 bis 3000 Fachangestellte.

Woran liegt das?

Der Hauptgrund ist der demografische Wandel in Deutschland und der damit verbundene Wegfall von Arbeitskräften. Dazu kommt, dass während Corona

viele Beschäftigte in andere Branchen gewechselt und nicht mehr zurückgekommen sind. Der Wettbewerb um Personal ist einfach größer geworden. Die Arbeitgeber müssen heute viel aktiver um Personal werben.

Über den Personalmangel haben wir bereits gesprochen. Welche Herausforderungen beschäftigt die Badekultur in Deutschland zudem?

Positiv ist ja, dass der Mensch sich auch in Zukunft im Wasser bewegen möchte. Das kann durch keine Technologie ersetzt werden. Trotzdem wird die künstliche Intelligenz auch den Badebetrieb verändern. Schon heute gibt es zum Beispiel Ertrinkenden-Erkennungs-Softwares, die das Personal unterstützen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Nachhaltigkeit und Energienutzung. Da müssen wir uns jedoch auch auf weitere Fördermittel des Gesetzgebers verlassen können. Allein eine flächendeckende energetische Sanierung aller 3000 Hallenbäder mit entsprechender Dachlast für eine Photovoltaikanlage und Wärmepumpe geht in den Milliardenbereich.

Frankfurt blickt auf eine

lange Badekultur zurück. Ende des 19. Jahrhunderts boomten die öffentlichen Flussbäder im Main. Können Sie sich vorstellen, dass das Baden in Flüssen in Zukunft wieder möglich sein wird?

Das Phänomen, das Sie beschreiben, erlebe ich nicht nur in Frankfurt. Im Corona-Sommer 2020, als die öffentlichen Bäder im Lockdown waren, gab es viele Kommunen, die überlegt haben, wo es öffentliche Badestellen gibt, die wieder aktiviert werden können. Langfristig könnte ich mir mehr Kombinationsangebote aus konventionellen Bädern und Badestellen in der Natur vorstellen.

Sie kommen selbst aus dem Rhein-Main-Gebiet. Wo gehen Sie denn am liebsten baden?

Ich habe zwei Favoriten, wo ich besonders häufig baden war, als ich noch in der Region gewohnt habe. Einmal das Waldschwimmbad in Kronberg, weil ich da die Erholung im Grünen toll finde und das 50-Meter-Becken nicht ganz so überfüllt war. Wenn ich den Wellnessfaktor suche, dann die Titus-Thermen in Frankfurt.

INTERVIEW: SELMA OESTRINGER